

Corona-Lage

EU spendet vorerst keine Impfstoffe

Von der Leyen: EU hat nicht genug Vakzine, um ärmeren Staaten zu helfen. China beschleunigt das Impfen.

► **EU-Kommissionschefin** Ursula von der Leyen sieht vorerst keine Möglichkeit für direkte Spenden von Corona-Impfstoffen der Europäischen Union an ärmere Länder. „Jetzt gibt es erst mal einen ziemlichen Druck in den Mitgliedstaaten, selbst Impfstoff zu bekommen“, sagte sie den Zeitungen der Funke-Mediengruppe. Sie unterstrich die finanzielle Unterstützung der EU an die internationale Covax-Initiative, die ärmeren Ländern Zugang zum Impfstoff eröffnet. „Die EU hat 2,2 Milliarden Euro in diese Initiative investiert. Covax hat bereits 30 Millionen Impfdosen in 52 Länder geliefert.“ Der EU-Mechanismus, um Impfstoff direkt mit anderen Ländern zu teilen, werde aber erst starten, wenn eine bessere Produktionslage in der EU bestehe.

► **In China** wird abhängig von der Impfkampagne und der Corona-Lage in einzelnen Ländern eine flexiblere Handhabung bei der Erteilung von Visa und der Kontrolle von Einreisenden erwogen. Der Vizedirektor des Zentrums für Krankheitskontrolle und Prävention, Feng Zijian, sagte auf einer Pressekonferenz, China könnte Visa-Hürden senken, sobald in der eigenen Bevölkerung ein hohes „Immunitätsniveau“ erreicht sei. Die Entwicklungen rund um einen internationalen Impfpass werde man verfolgen. China beschleunigt derzeit seine Impfkampagne. Bis Samstag seien knapp 75 Millionen Corona-Impfdosen verabreicht worden. Das Land beabsichtigt, bis Mitte des Jahres 40 Prozent der 1,4 Milliarden Einwohner geimpft zu haben.

► **Die Schulen** werden nach Ansicht von Lehrerverbandspräsident Heinz-Peter Meininger bald wieder in den Distanzunterricht zurückkehren müssen. Es gebe zu wenige Tests, und die Lehrerimpfungen kämen nicht voran, sagte Meininger der „Bild am Sonntag“. Bei beidem hake es in den Bundesländern massiv. Bei 20 Prozent der Schüler seien die Wissenslücken schon so groß, dass sie nicht mehr in diesem Schuljahr aufgeholt werden könnten.

► **Das Robert Koch-Institut (RKI)** meldete am Sonntag 13.733 Neuinfektionen mit dem Coronavirus. Die Sieben-Tage-Inzidenz stieg auf 103,9 (Vortag: 99,9). Der Wert gibt an, wie viele Menschen je 100.000 Einwohner sich in den letzten sieben Tagen mit dem Coronavirus angesteckt haben. 99 Menschen starben binnen 24 Stunden. Damit erhöht sich die Zahl der gemeldeten Todesfälle auf 74.664. Insgesamt wurden bisher mehr als 2,65 Millionen Menschen in Deutschland positiv auf das Coronavirus getestet. HB



Schülermäppchen: Die Zahl der Neuinfektionen steigt.



Bundeskanzlerin Angela Merkel: „Wir werden leider von dieser Notbremse Gebrauch machen müssen.“

Coronakrise

Längerer Lockdown steht bevor

Rücknahme der Lockerungen wahrscheinlich. Inzidenz steigt über 100. Zugleich wachsen die Zweifel an der Aussagekraft des Inzidenzwerts.

Jürgen Klöckner, Gregor Waschinski Berlin

Bei ihren Corona-Beratungen Anfang März hatten Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und die Ministerpräsidenten die vorsichtigen Lockerungen mit einer Notbremse versehen: Liegt der Inzidenzwert drei Tage in Folge über 100, müssen die Öffnungsschritte wieder rückgängig gemacht werden. Am Sonntag teilte das Robert Koch-Institut (RKI) dann mit, die Zahl der binnen einer Woche gemeldeten Corona-Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner liege bei 103,9. Am Vortag hatte sie noch 99,9 betragen.

Damit rückt beim Treffen der Kanzlerin mit den Länderchefs an diesem Montag die Frage einer Rücknahme der Anfang März beschlossenen Lockerungen und einer Verlängerung des Lockdowns in den Vordergrund.

In einer Beschlussvorlage für die Bund-Länder-Runde am Montag (Stand 21.3., 17.30 Uhr) schlägt das Kanzleramt eine Lockdown-Verlängerung bis zum 18. April vor. Und auch die SPD-geführten Länder plädieren in einem gemeinsamen Entwurf für die Aufrechterhaltung der Maßnahmen bis in den April.

Angela Merkel hatte am Freitagabend deutlich gemacht, dass sie die Rücknahme von Öffnungen angesichts des Infektionsgeschehens für unumgänglich hält. „Wir sehen, dass die Situation sich sehr schwierig entwickelt“, sagte sie nach dem Impfgipfel am Freitagabend.

Dafür habe man die Rücknahme von Öffnungen bei einer Inzidenz von über 100 vereinbart. „Wir werden leider auch von dieser Notbremse

”

Über den Grund für den Anstieg der Inzidenzzahlen lässt sich nur spekulieren.

Klaus Stöhr
Virologe

Gebrauch machen müssen.“ Die Politik orientiert sich dabei wieder einmal an Inzidenzwerten, deren Aussagekraft allerdings zunehmend umstritten ist. Kritiker weisen seit einiger Zeit darauf hin, dass die Sieben-Tage-Inzidenz auch von statistischen Effekten wie dem Testumfang abhängt und ein unvollständiges Bild der Pandemielage zeichnet. Dazu komme, dass die Risikogruppe der Hochbetagten zunehmend geimpft ist – was eine Überlastung des Gesundheitswesens immer unwahrscheinlicher mache.

Die Kapazitätsgrenzen der Krankenhäuser und eine drohende Triage auf den Intensivstationen waren die zentralen Argumente, mit denen Bund und Länder vor einem Jahr den ersten Lockdown rechtfertigten. Seitdem hat sich ein schleichender Wandel in der Argumentation vollzogen, hin zu einem Primat der Sieben-Tages-Inzidenz.

RKI-Vizechef Lars Schaade sagte, dass der Anstieg der Infektionszahlen in Deutschland wieder „ganz deutlich exponentiell“ verlaufe. Verantwortlich ist aus Sicht der Behörde vor allem die Ausbreitung der ansteckenderen Virusvariante B.1.1.7. Schaade warnte: Eine Verschlimmerung der Lage um Ostern, vergleichbar mit der Zeit vor Weihnachten, sei gut möglich.

Mutanten als Turbo in der Pandemie?

Das Berliner Gesundheits- und Forschungsinstitut IGES hingegen sieht es nicht als erwiesen an, dass Virusmutationen der zentrale Treiber von steigenden Inzidenzwerten sind. Das Institut hatte analysiert, dass die Ausbreitung in vielen Gebieten der Bundesrepublik nicht auf B.1.1.7 zurückzuführen sei. Dort „muss eher nach regulären

Faktoren der Verursachung gesucht werden“, hieß es.

Auch der Virologe und Epidemiologe Klaus Stöhr ist vorsichtig: „Über den Grund für den Anstieg der Inzidenzzahlen lässt sich nur spekulieren: die möglich größere Ansteckungsrate der Variante B.1.1.7, eine wachsende Pandemiemüdigkeit und Mobilität sowie Effekte durch die Ausweitung der Tests kommen infrage.“ Der Wissenschaftler beklagt, dass es immer noch keine Studien gebe, die belegen könnten, wie groß der Einfluss der unterschiedlichen Faktoren in Deutschland sei.

„Deswegen ist es zweifelhaft, immer wieder hauptsächlich auf die britische Variante zu verweisen“, sagte Stöhr, der lange für die Weltgesundheitsorganisation arbeitete und dort das globale Influenza-Programm sowie die Forschung zum Sars-Virus leitete, dem Handelsblatt. „Sie kann sicher einen Einfluss haben. Aber es entbehrt der Fakten, den Anstieg vor allem auf diesen Punkt zu schieben.“

Einen Zusammenhang zwischen dem Anstieg der Inzidenzzahlen und der Ausweitung der Tests weist das RKI derweil zurück. „Dieser Anstieg der Fallzahlen ist real. Nach unseren Daten lässt er sich nicht damit erklären, dass mehr Schnelltests gemacht werden“, sagte Vizechef Schaade.

Der Einfluss der neuen Teststrategie

Bund und Länder hatten beschlossen, den Einsatz von Corona-Schnelltest ab dem 8. März deutlich auszuweiten. Alle Bürger haben Anspruch auf einen kostenlosen Antigen-Schnelltest pro Woche, der von medizinischem Fachpersonal durchgeführt wird. Außerdem sind im Handel zunehmend Selbsttests erhältlich. Positive Ergebnisse bei Schnell- und Selbsttests müssen durch einen PCR-Test bestätigt werden, um in der offiziellen Statistik aufzutauchen.

Zu einem anderen Schluss als das RKI kommt ein am Freitag veröffentlichter Bericht der Covid-19 Data Analysis Group, an der das Institut für Statistik und das Institut für Medizinische Informationsverarbeitung Biometrie und Epidemiologie der Ludwig-Maximilians-Universität München beteiligt sind. Die Experten halten es für möglich, dass der Anstieg der Tests auch die Dunkelziffer der symptomfreien Corona-Fälle ausleuchtet.

In der Altersgruppe der 15- bis 59-Jährigen nahmen die Neuinfektionen demnach seit Mitte Februar durchschnittlich im einstelligen Prozentbereich im Vergleich zur Vorwoche zu. Dies habe sich dann schlagartig am 10. März geändert, als die Zunahme an Neuinfektionen auf etwa 30 Prozent gesprungen sei und seitdem auf diesem hohen Niveau verharre. Diesen Sprung sehe man noch deutlicher in der Altersgruppe der über 60-Jährigen.

„Ein mögliches Erklärungsmuster wäre, dass seit Montag, dem 8. März, kostenlose Schnelltests in Apotheken angeboten werden“, heißt es in dem Bericht. Bei positiven Schnelltests würde eine Bestätigung durch einen PCR-Test ein bis zwei Tage später vorliegen. „Der auffällige Sprung zum 10. März fällt also genau mit diesem Zeitfenster zusammen.“ Die Experten weisen darauf hin, dass Lockerungen in der Vor-

woche in Verbindung mit der Ausbreitung der Mutationen ein alternatives Erklärungsmuster darstellen könnten. „Diese Lockerungen dürften sich aber weniger abrupt in den Infektionszahlen zeigen, da die Zeit von der Ansteckung bis zum Ausbruch der Krankheit individualspezifisch zwischen wenigen Tagen bis über eine Woche betragen kann.“

Die Wissenschaftler aus München resümieren, dass der Blick auf die reinen Inzidenzen wegen der Dunkelziffer und der Abhängigkeit von Teststrategien „nur bedingt aussagekräftig“ sei. Darüber hinaus bleibe die Altersstruktur der Infizierten unberücksichtigt.

Das RKI warnte dagegen vor der „Fehleinschätzung“, dass von steigenden Inzidenzwerten in jüngeren Jahrgängen bei gleichzeitig wachsender Impfquote in betagten Risikogruppen keine Gefahr ausgehe. „Wir sehen das jetzt schon auf den Intensivstationen, dass sich die Patienten dort ändern: Die werden jünger“, sagte Schaade.

Das statistische Risiko eines schweren oder sogar tödlichen Verlaufs ist bei jüngeren Menschen allerdings wesentlich geringer. Eine Gruppe von Gesundheitsexperten um den Kölner Medizinprofessor Matthias Schrappe hat in den vergangenen zwölf Monaten eine Reihe von Thesepapieren veröffentlicht, in denen sie immer wieder auf das hohe Risiko für die ältere Bevölkerung hinwies und zielgerichtete Maßnahmen zum Schutz dieser Gruppe forderte.

Aus den Zahlen des Robert Koch-Instituts geht hervor, dass knapp 90 Prozent der Corona-Toten 70 Jahre und älter waren. Der Altersmedian liege bei 84 Jahren. Der Anteil der über 70-Jährigen an der Gesamtzahl der übermittelten Fälle betrage dagegen nur 16 Prozent.

Ein deutlicher Rückgang lässt sich bei den Krankenhausfällen feststellen, besonders deutlich wird er bei den über 80-Jährigen. Bei den jüngeren Jahrgängen haben die veröffentlichten Zahlen des RKI breite Altersspannen: So werden die 60- bis 79-Jährigen und die 35- bis 59-Jährigen zu jeweils einer Gruppe zusammengefasst.

Eine differenziertere Analyse war nicht möglich – auf Nachfrage war das RKI nicht bereit, den kompletten Datensatz bereitzustellen. Doch auch die verfügbaren Zahlen zur Hospitalisierung legen nahe: je jünger die Corona-Infizierten, desto geringer ist das Krankenhausrisiko.

Stöhr ist überzeugt: „Die Anzahl der Menschen über 70 oder 80 Jahre, die auf die Intensivstation kommen oder an Covid-19 versterben, nimmt zum Glück mit zunehmender Durchimpfung in dieser Altersgruppe ab.“ Der Anteil jüngerer Jahrgänge an den Intensivpatienten wachse durch diesen statistischen Effekt, das Durchschnittsalter auf den Intensivstationen nehme

zwangsläufig ab.

„Das bedeutet aber nicht, dass absolut mehr jüngere Menschen schwer erkranken oder sterben werden“, sagte der Epidemiologe. „Es ist daher falsch zu sagen, dass nun immer mehr jüngere Leute wegen Corona auf die Intensivstation kommen oder sogar versterben werden.“

Reisen in der Coronakrise

Neuer Plan für den Luftverkehr

Die Regierung will Fliegen wieder ermöglichen. Doch es gibt Hürden – national und europaweit.

Bund und Länder wollen den Luftverkehr wiederbeleben. Ein entsprechendes Konzept hat das Bundesverkehrsministerium erstellt. Getragen wird es zudem vom Wirtschafts-, vom Gesundheits- sowie vom Finanzministerium, ebenso von den Bundesländern und der Luftverkehrswirtschaft. „Die absehbaren Fortschritte bei der Impfung größerer Bevölkerungsgruppen und die systembedingt hoch kontrollierten Prozesse der Luftverkehrswirtschaft gestatten den Schritt, das Passagierniveau schrittweise, kontrolliert und lageabhängig zu steigern“, heißt es in dem Bericht, der dem Handelsblatt vorliegt. Er könnte bei den Corona-Beratungen von Bund und Ländern am Montag eine Rolle spielen.

Allerdings dürften die Vorschläge das Reisen kaum erleichtern, da sie kompliziert und weiter abhängig von der Inzidenzlage sind. Dabei verweist der Bericht darauf, dass das Vertrauen in Flugreisen bei den Menschen verloren gegangen sei, was auch durch unklare Regelungen und ständig wechselnde Einschätzungen von Risikogebieten entstanden sei. Das Konzept sieht für die Zukunft mehrere Elemente vor. Dazu gehören „umfassende Hygiene- und Infektionsschutzmaßnahmen für die gesamte Flugreise, ein adaptiertes Testregime für Flugverbindungen mit Risikogebieten sowie in epidemiologisch begründeten Ausnahmefällen und für ausgewählte Flugverbindungen mit Hochinzidenzgebieten die Einrichtung von Flugkorridoren unter erhöhten Infektionsschutzmaßnahmen“.

Konkret müssen sich Reisende aus Hochrisikogebieten in Zukunft spätestens 48 Stunden vor Abflug testen und notfalls in Selbstquarantäne gehen, bis ärztlich attestiert ist, dass sie nicht infiziert sind. „Der Nachweis ist auf Papier oder in einem elektronischen Dokument in einer EU-Amtssprache zu erbringen.“ Die Quarantänepflicht entfällt bei Einreisen aus „einfachen“ Risikogebieten.

Die Fluggesellschaften müssen die Selbsttests prüfen und auch den Eintrag ins Einreiseregister sicherstellen. Darüber hinaus sollen Lufthansa und Co. Testkapazitäten an den Flughäfen bereitstellen, damit sich Reisende auf eigene Kosten testen und so von der Quarantänepflicht befreien können.

„Flugkorridore“ mit Drittstaaten vereinbaren

An Bord sollen die international vereinbarten Hygienekonzepte gelten. Dazu gehören Maskenpflicht, Abstand und die Möglichkeit, sich die Hände zu waschen und desinfizieren.

Flüge aus Hochinzidenzgebieten sollen möglich sein. Dazu könnte die Bundesregierung laut Konzept Flugkorridore mit Drittstaaten vereinbaren. Das „ist insbesondere für solche Regionen zu erwägen, in die aufgrund übergeordneter staatlicher, politischer oder wirtschaftlicher Interessen Verkehre aufrechterhalten oder intensiviert werden sollen, bei denen die Infektionslage dies zulässt und die Gegenseitigkeit von gleichwertigen Maßnahmen gewährleistet ist“, heißt es.

Reisende, die Flugkorridore nutzen, sind von Einreise- und Quarantänebeschränkungen befreit, dürfen aber nicht in einem Virusvariantengebiet gewesen sein, müssen getestet sein und während des Flugs eine FFP2-Maske tragen. Personendaten würden erfasst und 30 Tage von den Luftfahrtunternehmen gespeichert. Wird jemand positiv getestet, so hat er Anspruch auf Umbuchung oder Rückerstattung des Ticketpreises.

In den Drittstaaten darf der Inzidenzwert höchstens bei 350 liegen, in Deutschland unter 100. Dies muss in Absprache mit dem Partnerland erfolgen. Auch kann der Korridor wieder geschlossen werden, wenn die Bedingungen nicht mehr erfüllt sind. Um das Testkonzept umzusetzen, müssen Kanzlerin Angela Merkel sowie die Länder bei ihren Beratungen am Montag beschließen, die Einreiseverordnung sowie die Quarantäneregeln zu ändern.

Zudem müssten die europäischen Staats- und Regierungschefs ihre Empfehlung vom Sommer 2020 aufheben, nach der nicht unbedingt notwendige Reisen in die EU zu unterlassen seien. Sollte das Regelwerk umgesetzt werden, so gilt es nur so lange, wie der Bundestag eine epidemische Lage von nationaler Tragweite feststellt. Andernfalls seien „Maßnahmen und Verfahren obsolet“. Daniel Delhaes

56,2

Prozent
weniger Flugbewegungen gab es 2020 im Vergleich zum Vorjahr.

Quelle:
Deutsche Flugsicherung

14-Tage-Inzidenz für Europa

Zahl der Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner

Land	Inzidenz
Estland	1.536
Tschechien	1.445
Ungarn	953
Malta	761
Polen	609
Bulgarien	582
Zypern	574
Schweden	566
Italien	510
Frankreich	506
Slowakei	500
Slowenien	490
Niederlande	425
Österreich	414
Luxemburg	405
Lettland	379
Belgien	369
Rumänien	336
Griechenland	289
Kroatien	238
Litauen	235
Schweiz	205
Deutschland	186
Dänemark	173
Finnland	168
Irland	144
Spanien	128
Großbritannien	118
Portugal	84

HANDELSBLATT • Stand: 18.3.2021 • Quelle: JHU